

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Belgisch-französische Gegensätze.

Gestern fand auf dem Landtag Millerands ein Ministerrat statt, vermutlich der letzte vor der Ueberreichung der französischen Antwort auf die englischen Dokumente, da die nächste Kabinettsitzung erst am 2. August stattfinden soll, während die englische Regierung spätestens bis zu diesem Termin auf eine Antwort rechnet. Da auch Poincaré auf einige Tage auf Ferien geht, ist offenbar aus der geplanten Unterredung zwischen Theunis und ihm nichts geworden. Diese Absicht dürfte aufgegeben sein, nachdem es sich herausgestellt hat, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Brüssel und Paris doch zu erheblich sind, daß eine gemeinsame französisch-belgische Antwort an England nicht erfolgen könne. Die Pariser Regierungspressen, die sich in den letzten sechs Monaten stets bemüht, diese Gegensätze als harmlos hinzustellen, zählt jetzt die Punkte ganz offen und ausführlich auf, in denen die französische und belgische Politik voneinander abweichen. Insbesondere tritt Belgien für die Annahme des deutschen, bzw. englischen Vorschlags der Erneuerung eines Sachverständigenausschusses ein, ebenso neigt es zur Revision des Londoner Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 und auch in der Frage der stoffelweisen Räumung des Ruhrgebietes scheint Theunis weit mehr entgegenkommen zu wollen als Poincaré.

Baldwin sagte gestern auf einem Festessen der Londoner City zu Ehren des amerikanischen Finanzsekretärs Mellon, er hoffe auf den Erfolg seines Schrittes; die europäischen Angelegenheiten wären schon längst geregelt, wenn man sie Geschäftsleuten überlassen hätte.

Blond George kritisierte scharf die französische Politik, die den Frieden verhindere, und beschwor die Eintritt Deutschlands, Russlands und der Vereinigten Staaten in den Völkerbund.

Die französischen Stinnesse.

Wovon Poincaré nicht sprach.

Die Rede gegen die Verstrickung der rheinisch-westfälischen Industrie, die Herr Poincaré gelegentlich der am verflochtenen Sonntag fallig gewordenen Denkmalsweiheung in Villers-Cotterets gehalten hat, bekommt ihren pikanten Reiz durch eine Artikelserie, die der bekannte Wirtschaftspolitiker Francis Delaunay im „Manchester Guardian Commercial“ veröffentlicht. Delaunay konstatiert nicht mehr und nicht weniger als die große Inflation, die die französische Schwerindustrie in Ausführung der Politik des Comité des Forges in Verbindung mit einer Bankengruppe, an deren Spitze die Union Parisienne steht, auf dem Kontinent planmäßig unternommen hat. Dadurch ist vorerst mal der größte Teil der schwerindustriellen Unternehmungen der Reichsfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie in französische Hand gekommen, z. B. die österreichischen Berg- und Hüttenwerke mit ihren Hochofen und Stahlwerken in der Gegend von Leoben, die bekannten Städtel-Werke in Pilsen und die Ruston-Bromowsky-Werke. Während die genannten Unternehmungen allein durch Schneider-Creusot geschluckt worden sind, hat diese Großunternehmung von

1920 ab gemeinsam mit der großindustriellen nordfranzösischen Empain-Gruppe, nachdem für diese Expansionszwecke eine besondere Bank, die Union Européenne, gegründet worden war, die Mehrheit der Prager Eisenindustrie, der Bankac-Gruben, der Habecy-Krausower-Stahlwerke, weiter, auf dem Wege über die Prager Zionsbank, derjenige der Weitzer Magnesi-Werke und endlich die Mehrheit der Gruben- und Eisenwerke des früheren Erzherzogs Friedrich in Mährisch-Ostau in französischer Besitz gebracht. Zu der Einflußnahme grössten Stills in der Tschechoslowakei, die das Kernstück der Stahl- und Eisenindustrie des Landes umfaßt, kam die Einflußnahme auf die Huta Bankowa-Werke in Polnisch-Schlesien. Anschließend wurde durch die schon genannte Union Européenne Hand auf die ungarische Allgemeine Kreditbank und damit auf die öffentlichen Arbeiten in Ungarn, in Jugoslawien, ebenso auf die kroatische Generalspartasse gelegt und auch in Ungarn mittels besonderer Gesellschaften Interesses gewonnen.

Die Inflation der französischen Schwerindustrie ist keineswegs abgeschlossen und beweist nur, daß die französische Idee der kleinen Entente absolut nicht nur der Sicherung Frankreichs, sondern vor allen Dingen seiner wirtschaftlichen Expansion dient. Vehrreicht auch für die deutsche Arbeiterschaft, die im Ruhrgebiet im Kampf gegen den französischen Imperialismus steht und die niemals verkennen darf, daß, wenn sich die an und für sich durchaus notwendige deutsch-französische Wirtschaftsverständigung so vollzieht, daß Frankreichs Wirtschaftsinteressen in der rheinisch-westfälischen Montan- und Eisenindustrie ausschlaggebend sind, gerade die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft die Kosten des Wirtschaftskrieges bezahlen wird, die eine solche Expansion, wie sie die französische Schwerindustrie gegenwärtig betreibt, unbedingt mit sich bringen muß.

Vor allen Dingen hätte Herr Poincaré am Sonntag Gelegenheit gehabt, seine Antitrustrede auch gegen die französischen Unternehmungen zu richten, nach dazu, wo ihm wohl bekannt sein wird, daß es in Frankreich Dugende von kleinen Stinnesse gibt. Und wenn man die Worte Poincarés am Sonntag prinzipiell werten darf, wenn er tatsächlich der Antitrustmann ist, der in den industriellen Zusammenhaltungen eine europäische Gefahr sieht, warum legt er sich nicht die Frage vor, welche Ursachen die Verstrickung in Deutschland erst ermöglicht haben? Die Konzentrationen sind bei uns oft zahlreich und ziellos erfolgt. Das gilt besonders für die Konzentration der Stinnes-Gesellschaft. Es hat bei diesen wirtschaftlichen Kombinationen oft der Zwang vorgeherrscht, die wertlos werdende deutsche Papiermark unterzubringen. Das war nur möglich infolge der deutschen Inflation und angesichts dieser hat Herr Poincaré nur alle Ursache, sich an die Brust zu schlagen. Ohne die Widerständigkeit des Versailles-Vertrages, die so ungeheuerlich sind, daß die Entente es nicht wagt, sie überhaupt zu verwirklichen, ohne die übertriebenen Forderungen des Diktats von Spa, ohne die Absurditäten des Londoner Zahlungsplanes, ohne die Ruhrinvasion, die den Dollarpreis in Deutschland in den Millionenabsenraum trieb, hätte die Marktentwertung, weil in der deutschen Wirtschaft für das Ausmaß keinerlei hinreichende Begründung vorhanden ist, niemals das gegenwärtige Tempo annehmen können.

Zulassung von Auslandswährung.

Bei gewissen Inlandgeschäften.

W.B. erhält von zuständiger Stelle folgende Mitteilung: Durch ein Schreiben an die Spitzenverbände des Handels und der Industrie vom 20. Juli 1923 hatte der Reichswirtschaftsminister bei Inlandgeschäften im Großhandelsverkehr weitergehend als bisher Zahlung in ausländischer Währung zugelassen. Dieses Schreiben findet jetzt in einer zur Veröffentlichung gelangenden zweiten Änderung der Ausführbestimmungen zur Devisenbeschlagnahmeverordnung seinen gesetzlichen Niederschlag. Bisher bis zum 15. August

dürfen im Großhandelsverkehr in ausländischer Währung bezahlt werden

Einfuhrwaren und Waren, die überwiegend aus Einfuhrwaren hergestellt sind, wenn der Zahlungsempfänger eine Handelskammerbescheinigung besitzt oder sich schriftlich verpflichtet, die Devisen binnen zwei Wochen an die Reichsbank oder den Besitzer einer Handelskammerbescheinigung weiter zu geben. Der Zahlungsempfänger hat Abschrift der Erklärung der Devisenbeschaffungsstelle in Berlin NW. 7, am Abend vom 12., einzusenden. Ein Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, zur Bezahlung solcher Waren ist verboten. Weiterhin ist zugelassen, daß ein Einzelhändler, der von Ausländern, die im Inland keinen Wohnsitz haben, für Warenlieferungen ausländische Geldforten erwirbt, diese nach Umwandlung in Devisen in gleicher Weise in Zahlung gibt und insoweit

von der Ablieferungspflicht entbunden

wird. — In Verbindung hiermit steht die Bestimmung, daß, wer als Exporteur oder auf Grund von Einfuhrgeschäften, Einfuhranschlußgeschäften, Ausfuhrvorgeschäften, der vorstehend bezeichneten Geschäfte, oder wer als Expediteur ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in Zahlung nimmt, alle Eingänge oder Abgänge an solchen Zahlungsmitteln oder Forderungen unter genauer Angabe des Vertragspartners und des Tages des Einganges und des Abganges fortlaufend in ein besonderes Devisenbuch aufzuzeichnen und eine Abschrift der Aufzeichnungen bis zum Sonnabend

jeder Woche für die letztvergangene Woche an die Devisenbeschaffungsstelle einzusenden hat.

Daneben sind in der Verordnung noch

eine Reihe anderer Erleichterungen gewährt und Unebenheiten ausgeglichen, insbesondere sind gewisse Beschränkungen der Devisenbeschlagnahmeverordnung für das Saargebiet in Wegfall gekommen. Weiter kann auch der inländische Annoncenakquisiteur einer ausländischen Zeitung für die Inserate in dieser Zeitung ausländische Zahlungsmittel in Zahlung nehmen.

Diese neue Verordnung bedeutet nur die gesetzliche Festlegung einer tatsächlich schon vollzogenen Entwicklung, zu der wir im Leitartikel der gestrigen Diensttagabendausgabe Stellung genommen haben. Dort ist bereits bekannt, daß hierdurch die Nachfrage nach Auslandsgeld nur ungeheuer vergrößert und von der Reichsregierung die völlige Ausschaltung der Mark aus Deutschland nicht nur eingeleitet, sondern gleich ziemlich weit getrieben wird. Unsere Forderungen zur Rettung vor der Katastrophe sind in dem gleichem Artikel gestern erhoben.

Fortgesetzte Devisenpanik.

Dollar in Danzig 560 000 bis 600 000.

Die erhöhte innerpolitische Spannung über einen starken Einfluß auf die Kurzbewegung der Mark aus. Bereits an der gestrigen Rew-Porter-Börse trat ein scharfer Rückgang des Markkurses ein. Heute vormittag wurden aus Danzig Dollarkurse 560 000 bis 600 000 gemeldet. In Berlin fand heute kein offizieller Devisenverkehr statt. Die Meldungen von den Auslandsbörsen liefen jedoch eine stürmische Nachfrage nach wertbeständigen Anleihen, insbesondere Dollarschahnanweisungen sowie nach Baluten und Konsolidierten hervor. Auch der übrige Effektenmarkt zeigte in Anbetracht der rapid fortschreitenden Marktentwertung eine außerordentlich feste Tendenz. Die Umsätze waren jedoch nicht besonders groß. Die Geldmarktlage hat sich erneut verschärft. Es wurden für tägliches Geld, sofern solches überhaupt erhältlich ist, 1-2 Proz. gezahlt. Im weiteren Verlaufe lefestigte sich die Tendenz noch mehr. Es waren auf der ganzen Linie bedeutende Kurssteigerungen zu verzeichnen.

Zur Rheinlandfrage.

Ein rheinischer Genosse schreibt uns:

Das Schreckgespenst der „Rheinischen Republik“ geht neuerdings wieder um. Niehmacher von Beruf, freiwillige — gutbezahlte — und unfreiwillige Agenten der französischen Regierung und ganz Hellhörige, überboten sich gegenseitig in dunklen Prophezeiungen. Und Ueberängstliche — deren gibts im Rheinland selbstverständlich auch — hören die Unten und leben für heute, spätestens für morgen, den Abend aller Tage. Aber mehr noch als von einer kleinen Zahl im Rheinland selbst, scheint in andern Kreisen drüben im unbesetzten Gebiet das Schicksal der Rheinlande, der Pfalz, des Hessensandes und der Gebiete an der Ruhr mit einem gewissen Fatalismus betrachtet zu werden. Wenn das so wäre, das bedeutete allerdings eine Gefahr, riesengroß und von unabsehbaren Folgen. Vor allem deshalb, weil damit die Widerstandskraft an der unmittelbaren Front bedeutend geschwächt würde. Das rheinische Volk kann keine Aufgabe nur lösen, wenn die ganze deutsche Welt geschlossen hinter ihm steht.

Darüber bestehen keinerlei Zweifel mehr: die Werktätigen an Rhein und Ruhr lehnen die Anbiederungsversuche der Franzosen auch heute noch mit der gleichen Entschiedenheit ab, wie am ersten Tage. Die freien Gewerkschaften haben noch vor wenigen Tagen mit aller erwünschten Deutlichkeit herausgestellt: für uns gibt es keine rheinische Frage! d. h., das rheinische Volk ist nicht gewillt, auf fremdes Gebeiß oder unter militärischem Diktat irgendeine staatspolitische Änderung mitzumachen oder gar herbeizuführen. Wenn historische oder politische Notwendigkeiten gewisse Umformungen bedingen — worüber sich streiten läßt —, dann wird das zu gegebener Zeit aus eigenem Antrieb und gestützt auf die eigene Kraft erfolgen.

Die rheinisch-separatistische Agitation hat gewiß einige Erfolge gehabt. Uebelschaden von irgendwelchen Strupeln haben die französischen Agenten auf gewisse Kreise einigen Eindruck gemacht. Die Kleinbürgerlichen Existenzen, denen der Umsturz am wehesten tat, weil er sie aus ihrer spießbürgerlichen Gerubsamkeit aufschaukelte und an den Grundmauern ihres parasitären Lebens ernsthaft rüttelte, erhoffen von einer grün-weiß-roten Republik die Erlösung von allem Leibel. Es winkt, so meinen sie, der Franken und völlige Befreiung von irgendwelcher staatlichen Bevormundung. Oh, wach ein Glück, einmal wieder ungehemmt von Wohnungs-, Mieteinigungs- und Pachtamt über „sein“ Eigentum frei verfügen zu können, und vor allem frei zu werden von der Verantwortung für die Schäden, die der jetzige Staat durch die Schuld des früheren nun gutzumachen hat. Das sind Beweggründe des nacktesten Egoismus.

In der Hauptsache sind es Kleinbürger, Mittelständler, Hausbesitzer, einige Bauern in der hinteren Eifel, ein paar Beamte und ganz verschwindend dem Maße hier und da an der Peripherie auch Arbeiter, die sich der Bewegung angeschlossen haben. Man hört davon, daß auch Industrielle, Kaufleute usw. der Bewegung nicht unympathisch gegenüberstehen. Positive Unterlagen dafür sind nicht vorhanden, wenn man sich in den Reihen der Arbeiter auch nicht einen Augenblick darüber im unklaren ist, daß im Falle der Verwirklichung der separatistischen Pläne auf weite Unternehmungskreise absolut kein Verlaß wäre. Der Expansionsdrang des Kapitals und die Gewinnsucht seiner Signer haben sich noch nie durch staatspolitische Rücksichten wesentlich beeinflussen lassen. Jedenfalls — darüber täuscht man sich auch in französischen Kreisen nicht — steht die große Masse der Bevölkerung aus wirtschaftlichen und politischen Ueberlegungen und aus innerer gefühlsmäßiger Abneigung dem Liebeswerben der Franzosen und ihrer charakterlosen, bezahlten Subjekte kühl bis ans Herz gegenüber. Wenn auch die Rolle der größten und einflussreichsten Partei, des Zentrums lange Zeit als unklar gelten mußte, so darf doch wohl die von dort drohende Gefahr als gebannt betrachtet werden.

Bleibet darf auch das Verbot des Katholikentags in Köln durch die Interalliierte Kommission unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden. Es ist Strafe für „ungenügendes Verständnis“, vielleicht die Beste der Gleichgültigkeit, nachdem die Hoffnung auf den rheinischen Katholizismus getrogen hat.

Die Franzosen haben lange gebraucht, bis sie zu der Erkenntnis kamen; es hätte aber dazu nicht einmal der Enttäuschung beim Zentrum bedurft, wenn man auf die Stimme der Arbeiterschaft gehört hätte. Wie ein Fels im brandenden Meer sieht seit Beginn der Befreiung die sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiterschaft. Unbeitri und unbedürbar prallt alles an ihr ab und bringt sie große persönliche und materielle Opfer. In ihrem Bann steht vom ersten Augenblick ab die christliche Arbeiterschaft — auf die die Politik des Zentrums mehr Rücksicht nehmen muß, als offen und gerne zugestanden wird —, und die Kommunisten haben nach anfänglichem Zaudern und nach Ueberwindung phantastischer Gewaltpläne ebenfalls die allein mögliche Linie der bedingungslosen Ablehnung gefunden. Das ist die Front, die sich den französischen Agenten und ihren Subjekten entgegenstellt.

Die französischen Imperialisten werden von dem einmal gesteckten Ziel, das nicht erst jetzt, sondern seit je ihre Politik beherrscht, nicht lassen. Sie werden weiter mit der an ihnen bewundernswerten Fähigkeit versuchen, den Rhein zur politischen Grenze und das Land und Volk auf dem

Anken Mer sich botmäßig zu machen. Aber so, wie es in neuen Gehirnern spukt, kommt die „Rheinische Republik“ nicht. Sie wird nicht „ausgerufen“, wie Dorten es einmal vor drei Jahren versuchte und was mit einer tiefenblamagen für ihn endete; und ein Smeets, dieser kleine Mann mit dem noch kleineren Gehirn hat schon lange nicht das Format zum Staatsstreicher. Wenn Frankreich in seiner Verblendung den Streich einmal wagen sollte, dann wird er mit einem offenen französisch-militärischen Putz verbunden sein, der gleichzeitig eine Seitenbedeckung nach Süden und Norden zur Voraussetzung hätte. Denn England so wenig wie Italien werden aus staatspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen der östlichen Erweiterung Frankreichs auf dem europäischen Kontinent ruhig zusehen können. Damit ist schon lange leise angedeutet, in welcher ungeheuren Maße die „rheinische Frage“ eine europäische ist, deren Lösung von allen vernünftigen europäischen Politikern in der Herstellung des Zustandes von vorher gesehen werden muß.

Die französische Regierung wird selbstverständlich die von ihm ausgefallenen Organisationen und Subjekte in dem ihr geeignet erscheinenden Maße weiter verwenden. Es soll auch auf Pariser Einflüsse hin eine engere Verbindung zwischen der Dorten- und Smeetsgruppe hergestellt worden sein; im Lager der Separatisten herrschen aber gegenwärtig so starke Unstimmigkeiten, daß eine aktive Handlung kaum möglich sein wird.

In der „Rheinisch-republikanischen Volkspartei“ haben einige Streber die Krankheit ihres Führers Smeets benützt, um selbst an die Spitze zu kommen und gegenwärtig führt der kleine Mann einen erbitterten Kampf gegen seine Widersacher in den eigenen Reihen, der alle Kräfte absorbiert. Man regaliert sich mit Liebenswürdigkeiten derart, daß es selbst dem gemäßigten feinfühligsten Poincaré fraglich erscheinen dürfte, ob solche Männer als die geeigneten Repräsentanten des französisch-rheinischen Gedankens moralisch oder materiell unterstellt werden könnten. Es wird ein Augenblick kommen, in dem über diese Zusammenhänge mehr gesagt werden muß; vor allem auch über einige merkwürdige Erscheinungen, die bei dem feinerzeitigen Attentat auf Smeets und der Untersuchung gegen den Täter, den man noch nicht paffen konnte, zu beobachten waren.

Es ist so: die Gefahr im Rheinland ist keineswegs gebannt. Es besteht aber durchaus kein Anlaß zur Nervosität, wenn auch alle Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen. Das rheinische Proletariat sieht fest! So sehr eine Verbindung kulturpolitischer und wirtschaftlicher Art mit dem französischen Volke von der rheinischen Arbeiterklasse gewünscht wird, so entschieden lehnt sie die imperialistischen Bestrebungen der französischen Militärpartei ab. Gegen diesen entschiedenen Willen werden die Separatisten sowohl als auch ihre Auftraggeber vergebens anrennen.

Ausraubung des Rheinlandes.

Mainz, 25. Juli. (WZ.) Die Franzosen haben aus der Reichsbank, die sie bereits seit längerer Zeit besetzt halten, das vorhandene Geld geraubt. Wie es heißt, wurden die Tresors unter Leitung von Pariser Spezialisten mittels Sauerstoffapparaten und Bienen ausgebrochen. 25 bis 30 Milliarden wurden auf Postautomobilen weggeführt.

Essen, 25. Juli. (WZ.) Vor dem französischen Militärpolizeigericht in Werden stand der Kassierer der Essener Reichsbank Schäfer, der dem Besatzungskommando, als dieses von ihm die Schlüssel zum Tresor verlangte, einen falschen Schlüssel gegeben hatte, dessen Anwendung einen Mechanismus an dem Schloß in Tätigkeit setzte, so daß es bisher trotz aller Anstrengungen nicht hat geöffnet werden können. Der Angeklagte gab rückhaltlos an, diesen das Schloß zerstörenden Schlüssel im Bewußtsein der Tragweite seines Verhaltens den Franzosen gegeben zu haben. Das Kriegsgericht verurteilte den Reichsbankkassierer zu zwei Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe.

Tätigkeitsbericht der Koblenzer Degoutte-Filiale.

Paris, 25. Juli. (WZ.) Nach einer Mainzer Meldung des „Echo de Paris“ hat die Rheinlandkommission 890 Eisenbahnbeamte und Arbeiter, sowie 66 andere Beamte und Personen ausgewiesen. Außerdem wurden 11 Zeitungen und Broschüren im besetzten Gebiet verboten.

Essen, 25. Juli. (WZ.) Wie die „Rheinisch-Westfälische Presse“ aus Barmen meldet, wurde der Direktor Schreiber vom Bochumer Verein von den Franzosen verhaftet. Schreiber ist schweizerischer Nationalität.

Französische Militärflieger über Deutschland.

Paris, 25. Juli. (WZ.) An dem Göttinger Flugzeugwettbewerb, der am 4. August beginnt, werden drei bis vier Militärflugzeuge teilnehmen, denen auf Grund des § 200 des Friedensvertrages das Überfliegen von Deutschland gestattet werden muß.

Möbel als Brennholz.

Trier, 25. Juli. (WZ.) Aus den neuen Bauten der Baugenossenschaft wurden die bereits dort lagernden Tischlerarbeiten von den Franzosen herausgeholt und als Brennholz verwandt.

Die Schuldigen heulen!

Der Mord von Frankfurt bietet den Beschützern der Rathenau- und Erabergermörder ein gesundes Fressen. Im Chorus schreien sie jetzt über die Gefährlichkeit der sozialistischen und kommunistischen Demonstrationen, und diejenigen, die über das „Attentat mit der Knütterspritze“ höhnten, führen den tollen Reigen an. Die ganz einfache und selbstverständliche Verurteilung, die der „Vorwärts“ dem Totschlag im Westen Frankfurts zuteil werden ließ, bezeichnet das Organ der Bündler für hohe Brot- und Butterpreise als „Krotobilstränen“ und leistet sich dazu diesen Erguß:

Rein, Ihr Herren Sozialisten, so einfach liegen die Dinge nicht, daß man sie mit ein paar Worten des Bedauerns erledigen könnte. Ist es ein Wunder, daß der Haß gegen alles, was in besseren Stadtvierteln wohnt, ausschäumt, daß der Sozialist in jedem politisch anders Denkenden seinen Todfeind sieht, wenn ihm vom „Vorwärts“ und ähnlichen Pressegelehrten täglich das Gift tropfenweise ins Blut gespritzt wird? Können die Führer der SPD. sich darüber entsetzen, daß kommunistische Methoden angewandt, wenn man geheime Anweisungen verleiht, die alles mit der kommunistischen Taktik gemeinsam haben außer der Führung? Wenn man gemeinsam demonstrieren läßt und dabei schreien hört, die erfahrungsgemäß zusammengeballte Menschenmenge soll regelmäßig zu Unbesonnenheiten verleiten? Die jetzt Weh und Ach schreien, sie haben mit Fleiß geübt. Nun sehen sie die Ernte. Das Blut der so schmählich Hingemordeten, es fließt als Leuchte des Raubzeichens auf der Stirn derer, die die Leidenschaften aufpeitschen, und keine Krotobilstränen vermögen es abzuwaschen.

Wenn es je eine Unverfrorenheit gegeben hat, dann liegt sie in dieser agrarischen Leistung der „Deutschen Tagesztg.“ vor. Daß die Sozialdemokratie die stärkste Gegnerin jeder politischen Gewalttat ist, weiß natürlich auch jedes rechtsstehende Blatt, sogar die „Deutsche Tagesztg.“. Wenn sie trotzdem das Gegenteil in die Welt schreit, so geschieht das nur, weil ihnen das Blut des Staatsanwalts Haas in Frankfurt die Schuldspuren ihrer eigenen Nordverherrlichung abwaschen soll.

Unsere Parteigenossen werden ihre Kerzen jedoch nicht verlieren, auch wenn der Chor der Schuldigen noch lauter heulen sollte. Sie werden sich auch durch den Ausschrei der Kommunisten nicht verleiten lassen, nur ihrerseits in Verzweiflungstimmung zu geraten und jedem erstbesten Demagogon nachzulaufen. Gerade in so kritischen Zeiten wird sich die Ueberlegenheit der sozialdemokratischen Weltanschauung gegenüber der Parolefabrikanten von links und rechts erweisen. Von dem Verbot aller Demonstrationen unter freiem Himmel wird auch eine Reihe von Veranstaltungen der Sozialdemokratie betroffen, die

für den Sonntag in verschiedenen Orten vorgezogen waren. Wir wissen, daß diese Verbote jetzt sehr ungelogen kommen und geeignet sind, auch dort Verstimmung auszulösen, wo für kommunistische Phrasen und Krotomeierium gar keine Sympathie besteht. Aber unsere Genossen werden wissen, daß ihr Verzicht auf geplante Veranstaltungen im gegenwärtigen Augenblick besser ist, als wenn diese Veranstaltungen etwa die Möglichkeit zu Zusammenstößen geben könnten, die zu provozieren gerade wir keinen Grund haben.

Die Agrarier wissen natürlich sehr genau, daß die Erbitterung gegen sie und ihre preistreibenden Klassengenossen aus der Bourgeoisie nicht nur bei Kommunisten vorhanden ist. Sie wissen auch, daß die Abrechnung mit jener Sorte von Patrioten kommen wird, die sich an der Not des Volkes bereichern. Aber die Sozialdemokratie hat zu großes politisches Verantwortungsgefühl, um den Rechtsbolschewisten gerade dann Angriffsflächen zu bieten, wenn es ihnen beliebt. Zeit und Methode der Abrechnung werden wir selbst bestimmen. Und sie wird dann um so gründlicher werden.

S. M. Kasperle.

Man schreibt uns:

Ihre Mitteilungen im „Vorwärts“ am Sonnabendabend über den „Spion des Jaren“, das ist Wilhelm II., überraschte jenen nicht, der über das intime Leben dieses letzten Hohenzollern auf dem Thron von Deutschland und Preußen gut unterrichtet ist. Diese Aktion des Sohnes gegen Vater und Mutter, diese sinnlose, plumpe, gewissenlose Einmischung eines Außenstehenden in die auswärtige Politik findet ihr Seitenstück in anderen Vorgängen. Das Nachstehende, von dem nur einmal bisher in der Öffentlichkeit öffentlich gesprochen worden ist, bildet ein Gegenstück und ist zur Charakteristik des letzten Hohenzollern nicht weniger geeignet.

Wilhelm II. war Kaiser und als Kaiser in die englische Botschaft nach der Wilhelmstraße geladen. Er perorierte prahlerisch, wie die möglich, vor einem Kreise der Geladenen. Bei seinen Ausführungen leistete er sich die folgenden Worte: „Mon oncle, ce cochon!“ („Mein Onkel, dieses Schwein!“). So wurde der regierende König von England tituliert, bei dessen Botschafter, auf dessen Grund und Boden, denn das ist nach internationaler Aufassung ein Botschaftshotel, Wilhelm II. zu Gast war. Also der Gast benannte seinen Gastgeber als Schwein, eine angenehme Bezeichnung zwischen Souveränen und Verwandten vor einem sogenannten kulturellen Kreise. Verhättnes Entsetzen der Anwesenden, angenehme Ueberraschung der internationalen Intriganten. Zehn Minuten später konnte man den Vorgang ein paar Häuser weiter in der Wilhelmstraße, nämlich in unserem Auswärtigen Amt. Was sollte geschehen? Man hatte erklärtermaßen in unserem Auswärtigen Amt rote Köpfe und eine unruhige Nacht. Wie sollte man diese unvergleichliche Verherrlichung „Seiner Majestät des deutschen Kaisers“ aus der Welt schaffen, vertreiben, beschönigen, bemänteln? Das Naheliegende wäre gewesen, auf Unzurechnungsfähigkeit zu plädieren, und das ging erklärtermaßen auch nicht.

Am frühesten Morgen entsandte man in die englische Botschaft einen Unglücklichen mit dem Auftrag, die Sache, so gut es ging, wieder einzureufen. Der englische Botschafter empfing den armen deutschen Botschaftsboten förmlich. Der deutsche Beamte stotterte, daß gestern Abend „Seine Majestät der deutsche Kaiser in der englischen Botschaft über Seine Majestät den König von England“ geäußert habe, — da fiel der englische Botschafter den stotternden Abgesandten des Auswärtigen Amtes unterfüßend ins Wort und sagte: „Ah, n'en parlons pas; ce n'est pas un homme sérieux.“ („Reden wir nicht davon; das ist ja kein ernst zu nehmen der Mensch.“)

Wahrscheinlich urteilte der Maler Lenbach: In einer Gesellschaft am Abend des Tages, da Bismarck entlassen war, sprach man über das Ereignis. Nach seiner Gemohnheit hörte Lenbach ernst und wortlos zu, dann sagte er, der Bismarck so oft gemalt und immer kritisch bemundert hatte, wie so viele Künstler, die ohne Verständnis für Politik das gleiche getan haben: „Daß ich ein Kaiserlich solch einen Mann stürzen könnt, hätt' i nimmer gedacht.“

Das hemmungs- und verantwortungslose Kasperle hat nach Gewaltigeres vollbracht: es hat Deutschland gestürzt — ins Unglück, und das deutsche Volk hat es sich gefallen lassen. Das ist eine Lehre, die nie vergessen werden darf! —

Prinzessinnenliebe und Korvettenkapitän oder Meineidig, aber doch Jungfrau.

(53. Fortsetzung eines Hintertreppentromans.)

LXXV. Kapitel.

Mit freudebecken Augen erhob sich Prinzessin Margarete. Intensiv summt die Fliegen im Gerichtssaal, während ihre kussigen Lippen liebbedeutend flüsterten:

„Ehrhardt war tot. Er hatte seinen Namen abgelegt. Er war nun ein anderer Mensch. Es lebte nur Herr v. Schwewe.“

Tieferschütterten Ohren lauschten die Richter dem angeklagten Vordringen. So hatte die Prinzessin bereits auch dem betroffenen Untersuchungsrichter zornmütig ins Gesicht geschleudert, daß es einem Wesen ihres Standes nicht zuträme, Eide zu schwören, namentlich keine wahrheitsgemäßen. Und als der plebejische Nichts sich kleinlaut auf die Bräutigam-Verfassung berief, nach welchem Nachwerk alle Standesunterschiede aufgehoben seien, hatte sie ihm mit zornbebenenden Lippen das Buch entziffen und vor die entsetzten Füge geschleudert.

„Ich werde meinen Beichtvater um Rat fragen.“

Gellend schnitt das Wort durch die schaurige Stille des Gerichtszimmers.

Zwei Rächte lang beichtete die Prinzessin ihrem Beichtvater, der, wie der scharfsinnige Leser bereits erraten hat, kein anderer ist als der Held dieses Romans. Was in dieser Zeit von den beiden besprochen wurde, erfuhr kein Mensch außer dem Rechtsstudenten Liebig, den der galante Beichtvater ab und zu zur Unterstützung heranzog.

Am dritten Morgen aber erhob sich die Prinzessin, trat vor den Untersuchungsrichter und beschwor finstern Hauptes die Worte:

„Ich kenne keinen Ehrhardt mehr, ich kenne nur noch v. Schwewe.“

Hohnlachend rauschte sie auf dunkeln Trittschritten hinaus.

Der kopfschüttelnde Untersuchungsrichter aber starrte auf einen Zettel, den ihm eine unbekannte Judasband in die Ätten geschmuggelt hatte:

„Eichmann—v. Schwewe, v. Schwewe—Ehrhardt. Sind zwei Größen einer dritten gleich, so sind sie auch unter einander gleich.“

Der Untersuchungsrichter grübelte mit gerungenen Fäusten. Dann fertigte er den Holzbefehl gegen Eichmann aus.

LXXVI. Kapitel.

In rascher Fahrt, die zwei Hühnern das Lebenslicht kostete, hatte sich unterdessen das Polizeiautomobil dem lieblichen Städtchen Kerarode genähert. Jetzt hielt es vor der durch anmutigen Kern-

fort des aus Südwestafrika insolge des Krieges zurückgekehrten Besitzers ausgezeichneten Villa des Freiherrn hinter dem Busche.

Ein mürrischer Pförtner öffnete und bedauerte den ihm entsetzten Schergen, daß der Freiherr verrückt sei und infolge dessen im Tête-à-Tête mit seiner Gattin nicht gestört zu werden wünsche.

Mit knurrendem Bächeln schob ein stämmiger Polizist ihn beiseite. Ueber die Treppe drangen sie vor.

Der Freiherr hinter dem Busche war gerade darin vertieft, der Freifrau hinter dem Busche einen zärtlichen Kuß auf die Stirn zu legen, als die raue Horde eindrang.

Mit erhobener Brust trat ihnen der Freiherr entgegen.

„Hinaus!“

Er deutete auf sein Jagdgewehr.

Aber die Schergen waren in der Ueberzahl. Während der eine den tieferschütterten Freiherrn umzingelte, griff der andere mit nervwogener Hand unter das Kopftissen, dessen frischbezogener Bezug in der linken Ecke die siebenzählige Freiherrnkrona trug, das Zeichen seines Ruhnifers.

Ein gellendes Hohngelächter — er hielt die verräterischen Papiere in der Hand.

Doch zu früh. Die Freifrau, der keine seiner Bewegungen entgangen war, stürzte wie eine Furie über ihn her, und während ein tränenschneller Blick der ersten sich auf dem nachträglich stehenden Porzitt Ehrhards-Eichmegg-Eichmanns, das fehlenden ohne Vollbart darstellte, festlog, verschlang erstgenannte das rechtzeitig entziffene Papier.

Ein schriller Ausschrei des Polizisten — und schon war die verkaufte Papiermappe in den ewig verschwiegemen Magen der Freifrau hinabgeglitten.

LXXVII. Kapitel.

Der Reichskanzler Cuno hatte die Minister um sich versammelt.

„Meine Herren,“ sprach er mit tränenumflorter Stimme, „wir können der kleinen, aber mutigen Verschwörerband nicht Herr werden. Erzberger ist ermordet, Rathenau ermordet, Ehrhardt nach Ungarn entkommen. Meine feste Ueberzeugung geht dahin:

(Fortsetzung folgt)

Rich. v. Lindenbuden.

Sommerreise durch die Sahara. Wie aus Timbuktu telegraphisch gemeldet wird, ist dort soeben die von F. Lloyd Gibbons veranstaltete erste amerikanische transsaharische Automobilexpedition eingetroffen. Sie war von In-Sala zu Anfang Mai abgegangen und hat in weniger als drei Monaten einen Weg von mehr als 3000 Kilometer durch Gebiete zurückgelegt, die zu den östesten der Welt gehören, und die obendrein in der denkbar ungünstigen Jahreszeit des Hochsommers durchfahren wurden. Die Teilnehmer der Expedition hatten denn auch einschließlich unter der sengenden Glut zu leiden, und einige der eingeborenen Führer

wurden Opfer der Hitze, die im Schatten eine Höhe bis zu 45 Grad erreichte. Um das Unglück voll zu machen, hatte sich die kleine Karawane überdies in der Umgegend der Felsen von Hamado verirrt und konnte nur auf Umwegen unter großen Strapazen die Brunnen von Ten-Kennou erreichen. Die Wasservorräte waren inzwischen fast ganz verbraucht, und es blieb zuletzt jedem der Teilnehmer nur noch die Ration für einen heißen Tag. Es war es ein Wunder, daß die Reisenden dem Tode entgingen.

Während die Amerikaner ihren Weg über die Hochebene von Hoggar fortsetzten, wurde Gibbons selbst von einem der Sahara-Ländchen namens Targui empfangen, der ihm in der Audienz eine auf dem Fell eines weißen Kammes geschriebene Botschaft für den Präsidenten Harding überreichte. In dieser Botschaft drückte der König jener Gebiete, denen der Regen unbekannt ist, den Wunsch aus, daß „Wah die Scherherden des amerikanischen Volkes ständig vermehren und seine Kamme fruchtbarer, stärker und schnellfüßiger machen möge“, und schloß mit den Worten: „Möge das große amerikanische Volk stets über das Wasser verfügen, das es braucht.“

„Die Jugendprinzessin“ gab es im Deutschen Künstler-Theater zum 50. Male, und wenn durch die Wiederholungen auch Legi und Muck nicht besser geworden sind, so hat man sich in der Bühnenkritik. Erwäge doch so famos aufeinander eingelassen, daß es ein ewiges Nicken ist, und das mag immerhin etwas wert sein. Neu war Hilde Falk, die als Ingeborg in dem musikalisch einzig wertvollen Duett des zweiten Aktes mit ihrem Partner Klaus Jory (Graf Erffa) sich als geschmackvolle Sängerin erwie. Im übrigen stand Max Adalbert auf der Bühne und neben ihm bezauberte sich mit großer Bravour Kurt Bois. Emma Debnar, Ida Lenz und Ernst Krampff rundeten das Spiel gefällig ab.

Die bestbezahlten Autoren. Ein italienisches Blatt weist gelegentlich der fruchtlosen Bemühungen eines angesehenen italienischen Gelehrten, für seine interessanten Lebenserinnerungen einen Verleger zu finden, auf die für den Zeitgeschmack charakteristische Tatsache hin, daß sich die größten englischen Zeitschriften in riesenhonoraren überbieten, um sich den Abdruck der Denkwürdigkeiten irgendetwas gerade in Robe stehenden Jockeis oder Bogtkämpfers zu sichern. So veröffentlicht Donoghue, augenblicklich der meistgenannte Ritter von Steigbügel und Reiterpreise, zurzeit in einer Londoner Wochenschrift die „Geschichte seines Lebens“. Seitdem diese Denkwürdigkeiten erscheinen, hat die Zeitschrift ihre Auflage verdoppelt. Die große Menge des englischen Publikums liebt nichts lieber als die Autobiographien solcher Sportgrößen und verschlingt auch die von Donoghue, der für den Abdruck in dem Londoner Blatt als Honorar die Kleinigkeit von 10000 Pfund Sterling erhalten hat.

Weshalb soll ein tüchtiger Jodeler, der immer fest im Sattel saß und keine Mühe nie verlor, nicht ebenso lehrwerte Remouren schreiben wie gewisse entrückte Haupter?

Die Schlüsselzahl des Buchhandels ist schon wieder erhöht worden und zwar auf 2000, mit Wirkung vom 25. Juli ab.

Württemberg ein zweites Bayern?

Genosse Wilhelm Reil veröffentlicht im Sozialdemokratischen Parlamentsdienst einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Es hat den Anschein, als ob Württemberg sich allmählich zu einem zweiten Bayern entwickeln wolle. Die nationalsozialistische Agitation ist vor etwa einem Jahr von Bayern aus in das benachbarte württembergische Gebiet hineingetragen worden und hat sich seitdem mit riesigem Geldeaufwand und unter Ausschaltung der durch den Ruhefall der Franzosen in weiten Volkskreisen erzeugten nationalsozialistischen Stimmung in bedenklicher Weise ausgebreitet. In vielen württembergischen Gemeinden bestehen heute nationalsozialistische Ortsgruppen, die ihre Stöße und Sturmtruppen, Hundertschaften und neuerdings auch „Regimenter“ bilden und in mehr oder weniger verkleideter Form Uebungen militärischer Art abhalten. Die württembergische Regierung läßt diese Dinge laufen. Wie erklärt sich das?

Nach den letzten gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 vorgenommenen Landtagswahlen trat unsere Partei aus der Landesregierung aus. Demokraten und Zentrum bildeten darauf eine Minderheitsregierung. Das Ministerium des Innern, das bis dahin von einem Parteigenossen geleitet worden war, wurde mit dem Zentrumsgenossen Graf befehligt. Die neue Regierung arbeitete mit wechselnden Mehrheiten, d. h. sie nahm bald von der deutschnationalen Rechten, die sich in den ländlichen Teilen des Landes Bauernbund, in den städtischen Bürgerpartei nennt, bald von der Sozialdemokratie Unterstützung an. In allgemein politischen Fragen, in denen das von dem Demokraten Dr. Hieber geleitete Kabinett hinter den Reichskabinetten Fehrenbach und Wirth stand, stützte es sich auf die Sozialdemokratie, in den Fragen der inneren Polizeiverwaltung war dagegen die Politik des Ministers Graf halbwegs gerichtet.

Nach dem Tode des Ministers Graf übernahm der das Zentrum führende bisherige Justizminister Bolz das Ministerium des Innern. Herr Bolz scheint nun in der Leitung der inneren Verwaltung ganz in den Fußstapfen seines verstorbenen Parteigenossen Graf, dem er während einer langen Krankheit vertreten hat, wandeln zu wollen. Er gestattet es, daß die Polizei — ganz wie in Bayern — mit aller Schärfe gegen die Kommunisten vorgeht, den nationalsozialistischen Hebern zum Bürgerkrieg aber volle Bewegungsfreiheit läßt.

Sowohl innerhalb der demokratischen als der Zentrumspartei wird die Haltung des Ministers Bolz nicht einmütig gebilligt. Ein starker linker Flügel der Demokraten sieht mit großer Besorgnis der Zukunft entgegen, vermag sich aber in der Landtagsfraktion nicht durchzusetzen. Im Zentrum ist es der von der katholischen Arbeiterschaft getragene Flügel, dem die Haltung des Herrn Bolz Besorgnisse verursacht. Die Bauern, Schulheissen und Beamten im Innern bedenken indessen ihren Innenminister. Die Beweggründe hierfür liegen teils in grundsätzlicher Abneigung gegen die demokratische Republik, teils in der Befürchtung, daß die Rechte mit ihrer demagogischen Agitation die Bauernschaft des Zentrums kopfscheu machen könnte. Sucht doch die Rechte selbst die Hoheitsrechte des Staates gegenüber den Kirchen preiszugeben, nur um das Zentrum von der Demokratie loszureißen. Diesen Versuchungen vermag der rechtsgerichtete Teil des Zentrums nicht zu widerstehen. Er verläßt sich darauf, daß das Zentrum (23) und die Deutschnationalen (28), zu denen sich die Volksparteier (4) noch gesellen würden, über eine Mehrheit verfügen und wenn die Demokraten nicht portieren, eine Rechtsregierung bilden könnten. Daher auch die ängstliche Zurückhaltung der Demokraten, deren Führer Hieber zwar das Treiben gewisser Heber von rechts ein Verbrechen nannte, die aber ihren Worten die Taten nicht folgen lassen.

„Ein für allemal!“

Der Reichsausschuß gegen Bodenreform.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat gegen den sozialdemokratischen Antrag zur Agrarreform eine Resolution gefaßt, die in Form und Inhalt nichts anderes als großgrundbesitzige Demagogie ist. Der Landhunger der breiten Massen wird mit unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptungen von einer angeblichen Ernährung der Städte und der Industriearbeiter durch die Aufstellung von Riesengütern abgetan, obwohl die jetzigen Zeiten mit der katastrophalen Lebensmittelsteuerung jedem Einsichtigen die Augen geöffnet haben, auf welche Kreise sich die Volksernährung nicht stützen kann. Es sind dieselben Großgrundbesitzer, die während des Krieges die Zwangswirtschaft untergraben haben und nur auf Eigenjucht bedacht waren. Es ist daher auch begreiflich, daß der Reichslandbund in seiner hysterischen Angst vor jedem Eingriff in das private Bodenmonopol, sogar gegen die Enteignung von Wäldern Einspruch erhebt mit der eigenartigen Begründung, daß im gemeinwirtschaftlichen Betrieb die Holzzerlegung des deutschen Waldes zurückgehe. Nun wissen wir also: Wo kein großgrundbesitziger Mist liegt, wachsen selbst die Kiefern nicht! Es ist ergötzlich zu sehen, wie sich diese Art der Demagogie überschlägt. Zeigt doch schon die Tatsache, daß ein gewaltiger Teil des deutschen Waldes sich seit langer Zeit in den Händen des Staates und anderer öffentlicher Organe befindet, wie wenig die Grundbesitzer des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft vom Willen zur Sachlichkeit getrübt ist!

Den Höhepunkt erreicht die agrarische Demagogie mit der Erklärung: „Der Reichsausschuß lehne Bestrebungen, die auf gleiche Ziele hinauslaufen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, ein für allemal auf das entscheidende ab.“ Dieses „ein für allemal“ war es, das das preussische Herrenhaus den Wünschen des Volkes nach einer Wahrschickform entgegenstellte. Dieses „ein für allemal“ ist Millionen Volksgenossen aus Kundgebungen des alten Regimes und vom Kaiserhof her so gut bekannt, daß man nach dem Ton auf die Mustanten schließen kann.

Der Rappist v. Wangenheim-Kleinpiegel, der jetzt im Reichsausschuß das große Wort führt, hat sich durch diese einseitige Wendung schon das Verdienst erworben, zu zeigen, woher der Wind weht. Es ist derselbe rückwärtsgehende Egoismus, mit dem sich die preussischen Junker gegen jeden Wunsch anderer Volkskreise, der im Interesse des Volksganges geduldet wurde, wehrten. In Wirklichkeit ist es der Standpunkt derer, die Herren im Hause sein wollen und sich um die Bedürfnisse der breiten Massen den Teufel scheeren. Unzweifelhaft spricht es auch die Resolution aus, daß man an dem Privateigentum nicht rütteln lassen wolle. Es sind dieselben Gründe, die man vor mehr als hundert Jahren gegen die Bauernbefreiung vorgebracht hat. Aber die Herren mögen beruhigt sein. Ueber das preussische Herrenhaus ist die Zeit hinweggeschritten. Sie wird auch das „ein für allemal“ der Reichslandbesitzer beiseite schieben, wenn das Volk seine Interessen zu erkennen beginnt.

Der frühere französische Ministerpräsident Charles Dupuy ist hochbetagt gestorben. Er ist vor allem durch den Ausbruch berühmt geworden, den er als Kammerpräsident bei dem Bombenattentat des Anarchisten Baillant tat. Als dieser seine Bombe in den Sitzungssaal geworfen hatte und eine allgemeine Panik ausgebrochen war, rief er in den Saal: „Meine Herren, die Signa Bauer! fort!“

Irren-Revollen.

Die Revolte in der Irrenabteilung des Zellengefängnisses Roabit, die am Sonntag ausbrach und im Reime erstickt wurde, hat zahlreiche Vorläufer. Fast keine Irrenanstalt, die ein eigenes Verwahrungshaus für verbrecherisch veranlagte Geistesranke besitzt, ist davon verschont geblieben. Ebenso wie die Patienten in den „festen Häusern“, können auch solche Gefangene, die an wirklicher Hysterie erkranken oder nur Geisteskrankheit simulieren, um Vorteile zu erlangen, nicht durchweg in Einzelzellen untergebracht werden. Eine Revolte ist also, wenn mehrere Duzend Irre sich in dem gleichen Raume befinden, verhältnismäßig leicht anzusetzen. Alle diese Leute wissen, daß ihnen schlimmeres als ein paar Wochen Zellaufenthalt nicht passieren kann, und verlassen sich darauf, daß sie ja krank sind. Gemöhnlich sind derartige Revolten nur eine gewalttätige Demonstration gegen das Essen oder die Behandlung. Auf Gelegenheit zur Flucht wird meist nicht gerechnet, weil die Verwahrungshäuser heute sämtlich so stark besetzt sind, daß eine Massenflucht nur mit tatkräftiger Hilfe von außen, durch andere Verbrecher, möglich ist, wie das kürzlich in der Hamburger Irrenanstalt Söngenhorn der Fall war. Angriffe durch Besetzungskolonnen sind verschiedentlich auch gegen die Berliner städtischen Irrenanstalten erfolgt, aber stets abgeblasen worden. Bedenklicher war eine große Revolte vor etwa zwei Jahrzehnten in der Irrenanstalt Dalldorf. Hier waren sogar Dolche und Revolver eingeschmuggelt. Es gab eine regelrechte Schlacht zwischen den Irren und den Wärtern, wobei auch alles Inventar demoliert wurde, aber kein Irre erlangte die Freiheit. Irrenärzte nehmen solche Ereignisse nicht tragisch, sie sind daran gewöhnt.

Phantasiepreise für Kartoffeln.

Unethische Behandlung einer erregten Hausfrau.

Ein Vorfall, der sofortige Klarstellung bedarf, erregte heute vormittag in der Markthalle in der Lindenstraße die Massen der einkaufenden Frauen aufs äußerste. Trotzdem selbst in weithin bekannten Sorten für das Pfund Kartoffeln 5000 Mark genommen werden, brachte es hier ein Händler fertig, erst 6000 Mark und bald darauf sogar 7000 Mark für das Pfund zu fordern. Das erregte mit Recht eine Hausfrau darauf, daß sie, zumal die Polizei bis dahin gegen den Händler nichts unternommen hatte, die anwesenden Frauen aufforderte, die Kartoffeln nicht zu kaufen. Infolge dieser Aufforderung kam es zu einer Ansammlung der erregten Hausfrauen. Nunmehr erst griff die Polizei ein, und zwar nach verschiedenen uns zur Verfügung gestellten Berichten so außerordentlich ungeschickt und taktlos, daß sie nicht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, beruhigend, sondern geradezu aufs neue erregend wirkte. Die Augenzeugen berichten, daß die Beamten — gegen Frauen — die Seitengewehre gezogen und damit die Frauen abgewehrt hätten. Dem ersten Frau, eine schwächliche, schwächliche Berlin, die infolge der Erregung Herzkämpfe bekam, soll — wiederum nach verschiedenen gleichlautenden Berichten — teilweise an den Füßen durch die Halle geschleift worden sein, so daß ihre Kleidung beschmutzt und zerrissen wurde. Die Frau ist dann auf der Wache festgehalten worden, bis ihr Mann sie abholte, der sie sofort ärztlicher Behandlung zuführte. Ein Mitglied unserer Redaktion, das die Sache an Ort und Stelle feststellen wollte, erhielt von dem durch die Halle promenierenden Polizeikontrollanten die merkwürdige Antwort, daß die Darstellung über die Behandlung der Frau nicht stimmt. Im übrigen wurde die Auskunft verweigert. Statt also zu helfen, durch die Presse weitgehende Aufklärung in das Publikum zu tragen, erklährt wieder Herr dem Organ der Deutschnationalen die Arbeit. Wir erwarten nunmehr, daß dem unglaublichen Benehmen der Beamten einer schwächlichen, franken und erregten Frau gegenüber von den Stellen, die für die Ausbildung der Unterbeamten und ihren Verkehr mit dem Publikum verantwortlich sind, sofortige Aufklärung folgt, die Gewähr dafür bietet, daß der Frau Genugtuung zuteil wird und daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen.

Der Kiefereinbruch in der Friedrichstraße.

Zu dem Einbruch in das Juwelengeschäft von Rosenthal u. Sohn in der Friedrichstraße 69 wird noch mitgeteilt: Wie die Ermittlungen ergaben, mußten die Verbrecher ihr Unternehmen von langer Hand mit größter Ueberlegung vorbereitet haben. Das zwischen der Rohren- und Taubenstraße gelegene Haus, das dem bestohlenen Julewler gehört, ist nicht sehr groß, beherbergt nur drei Geschäfte und ein Rechtsanwaltsbureau und ist fast gar nicht bewohnt. Die Verbrecher waren mit den besten Werkzeugen ausgerüstet, stiegen aber bei ihrem zweimaligen Kellerdeckendurchbruch und bei dem Versuch an einer eisernen Tür auf so starken Widerstand, daß mehrere Werkzeuge brachen. Der Wächter hat die Kontrolltüren rechtzeitig gestochen, aber nichts Verdächtiges wahrgenommen. Die Verbrecher mußten ihn bei der Vorbereitung des Planes genau beobachtet haben, so daß sie auch mit seinen Gängen Befehd wußten. Zu der Beute gehören u. a. 4 Berlinerarmbänder, 7 goldene Damasttaschen, 15 goldene Zigarettenetuis, 36 schwere silberne Zigarettenetuis, 10 goldene Feuerzeuge, 10 goldene Spiegel und Ruberdofen, 6 goldene Taschmesser, 24 schwere goldene Stegerringe mit Halbedelsteinen, 8 steife Armbänder, 8 Broschen mit Steinen, 3 Paar Dnng-Ohringe, 18 goldene Kavalierketten, 86 goldene und Platinketten, zum Teil mit Perlen, 15 Armbänder, zum Teil mit Brillanten, 18 Chatelaines, 40 Paar goldene Knöpfe, 6 Medaillons mit Brillanten, 80 Krawattennadeln mit Brillanten und Perlen und 80 einfache goldene Krawattennadeln. Angaben zur Ermittlung der Verbrecher und über das Aussehen der Beutestücke nimmt die Dienststelle B. I. 3 im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen. Sie werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Neue Brotpreise ab Donnerstag.

Der Zweckerbund der Bäckermeister Groß-Berlins teilt mit: Der Doppelpentner Weizenmehl ist auf 3 Millionen Mark gestiegen, das Pfund Mehl kostet also über 15 000 Mark. Aus diesem Grunde ist es notwendig, ab Donnerstag das marktsfreie Brot von 30 000 auf 31 000 Mark, das marktsfreie Schrippe von 1300 auf 1400 Mark zu erhöhen. Ein Brot zu 31 000 Mark bedeutet, auf den Friedensbrotpreis zu 45 Pf. umgerechnet, das 69 000fache dieses Preises. Ein Mann, der vor dem Kriege ein monatliches Einkommen von 120 Mark hatte, müßte demnach, um von dem Brot zu 31 000 Mark die gleichen Mengen wie im Frieden einkaufen zu können, ein Monatseinkommen von rund 8 1/2 Millionen Mark haben.

Tarifierhöhung bei der Hochbahngesellschaft.

Die Hochbahngesellschaft wird am Freitag, den 27. Juli, ihre Fahrpreise erhöhen, und zwar in folgender Weise: bis zum 5. Bahnh. 3. Klasse 3000 Mark, 2. Klasse 4000 Mark, für die ganze Strecke 3. Klasse 4000 Mark, 2. Klasse 5000 Mark. Blods zu 10 Karten kosten: bis zum 5. Bahnh. 3. Klasse 27 000 Mark, 2. Klasse 36 000 Mark, für die ganze Strecke 3. Klasse 36 000 Mark, 2. Klasse 45 000 Mark. Wochenkarten zu 12 Fahrten für die ganze Strecke kosten: 3. Klasse 36 000 Mark, 2. Klasse 45 000 Mark.

Wohnungsaufsicht.

In einem Erlaß des Wohlfahrtsministers wird eine gewisse Nachprüfung als erforderlich bezeichnet darüber, ob die für laufende Reparaturen den Hausbesitzern durch die Mietsparteien anfallenden Mittel zweckentsprechend verwendet werden. Ebenso erscheint es erforderlich, daß, soweit nach dem Befehl die Mieter oder Vermieter verpflichtet sind, Ausbesserungen aus eigenen Mitteln durchzuführen, auch hier auf eine sachgemäße Durchführung des Geleges hingearbeitet wird. Dem-

gemäß bezeichnet es der Minister als notwendig, daß die Bezirkswohnungsaufsichtsbeamten von Zeit zu Zeit in den einzelnen Gemeinden in Gemeinschaft mit den zuständigen örtlichen Organen sich präzisierende Besichtigungen von Wohnungen vornehmen und gegebenenfalls mit den Organen wegen der zweckmäßigsten Verwendung der vorhandenen Mittel verhandeln. In den für das Jahr 1923 von den Wohnungsaufsichtsbeamten zu erstattenden Berichten erwartet der Minister ausführliche Mitteilungen hierüber.

Nicht Kampf, sondern praktische Arbeit!

Zusammenarbeit von Hausbesitzer- und Mietervereinen.

Im städtischen Groß-Berlin, also gerade da, wo im März und April der später abgedruckte Mietstreik mit großer Schärfe einsetzte, ist der Gedanke, zwischen Hausbesitzern und Mietern eine Verständigungsbasis zu schaffen, der Verwirklichung nahegerückt. Die Anregung dazu geht von Hausbesitzervereinen aus, in denen die gemäßigten Elemente mit ihrer Mehrheit der Meinung sind, daß sich die beiden großen Parteien in zahlreichen Punkten der Wirtschaftspragen sehr wohl auf gemeinsamem Boden zusammenfinden können, wen auch naturgemäß nie alle Gegensätze zu überbrücken sein werden. Die Parteien haben zwar oft genug schon in Delegiertenversammlungen, die vom Magistrat oder anderen Behörden einberufen waren, gemeinsam verhandelt, aber es hat sich hierbei die Bureaufkrante meist nur als Hemmschuh gezeigt. Nun will man von unten herauf und zunächst für kleinere Bezirke die Verständigung versuchen, die vor allem auch den Zweck haben soll, das zum großen Teil überaus gespannte Verhältnis zwischen Miets- und Hausbesitzern in den einzelnen Häusern in ruhigere Bahnen zu lenken und die ebenso kostspielige als verärgende Prozedur einzuschränken. Die Mieterführer der betreffenden Bezirke sind bereit, wenn gewisse Vorbedingungen, die sich auch auf die Haltung des Bundes der Groß-Berliner Hausbesitzervereine beziehen, erfüllt werden. So lange die Bundesleitung in übermäßigen Geldforderungen ihre Hauptaufgabe sieht und dieser Laits von den Hausbesitzervereinen zugestimmt wird, versprechen sich die Mieterführer auch von den angeregten paritätischen Verhandlungen nicht abzuweichen. Von einem Mietstreik ist vorläufig nicht mehr die Rede. Das Leitmotiv soll sein: Nicht Kampf, sondern praktische Arbeit! Nicht ohne Wert kann das praktische Zusammenarbeiten sein, wenn es gelingt, Mittel und Wege zu finden, um die zahlungsschwachen Mieter zu entlasten. Hier liegt der Kernpunkt der ganzen Mieterbewegung.

Kolonialwarenhandlcr und Wucherergesetzgebung.

Der Verband der Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche E. B. hat auf einer Versammlung in den Kammerböden zu Berlin eine Entschärfung gefordert, in der er, teilweise mit begründeten Klagen, sich gegen die heutige Form der Wucherergesetzgebung wendet. Er weist darauf hin, daß der völlige Zusammenbruch der Lebensmittelförderung nur dadurch verhindert werden könne, daß dem Handel ausreichende Betriebsmittel zur Verfügung gestellt und diese dadurch wertbeständig erhalten werden, daß die sich aus den Großhandelspreisen sich ergebenden Kleinhandelspreise nicht als Wucher angesehen werden. Die arbeitnehmende Bevölkerung müsse und werde durch wertbeständige Entlohnung in der Lage sein, diese Marktpreise zu bezahlen.

In der letzten Nummer liegt ein gewisses Zugeständnis, daß die wertbeständigen Böhne die Voraussetzung für bessere Verhältnisse im Kleinhandel sind. Die Resolution läßt aber grundsätzlich die Erkenntnis vermissen, daß nicht die Wucherbestimmungen allein es sind, welche am Betriebskapital zehren. Es gibt genug Kaufleute, welche heute noch gezwungen sind, ihre Preise unter der durch das Wucherrecht erlaubten Höhe zu halten, weil die Kaufkraft der Bevölkerung in ihrem Stadtteil es nicht erlaubt, höhere Preise zu nehmen. Der Absatzmangel ist vielerorts ebenfalls ein wichtiger Grund für den Schwund des Betriebskapitals im Kleinhandel. Aber insofern haben die Kolonialwarenhandlcr recht, daß auch ihnen mehr Bewegungsfreiheit bei der Preisberechnung gelassen werden muß und daß man es ihnen nicht fortgesetzt zumuten kann, unter den mit dem Dollar rapide steigenden gegenwärtigen Einkaufspreisen zu verlaufen. Voraussetzung dafür ist aber, daß nicht dadurch noch größerer Schaden für die Verbraucher entsteht, und das wird solange der Fall sein als die wertbeständigen Böhne nicht allgemein eingeführt sind.

Deshalb sollte auch der Kleinhandel die Forderung nach wertbeständigen Arbeitseinkommen an die Spitze, seinen Wunsch nach der Anpassung der Wucherbestimmungen an den rapiden Sturz der Mark erst an zweite Stelle setzen, dann wird er auch die Zustimmung der Verbraucher haben. Wenn er aber mit der Schließung der Geschäfte droht, um seine Wünsche durchzusetzen, so werden die Verbraucher sich dagegen hoffentlich zu wehren suchen, indem sie ihre eigenen Konsumgenossenschaften in die Lage versetzen, einem solchen Lieferstreik erfolgreich zu begegnen.

Eine Lokomotiventgleisung fand heute Vormittag auf dem Potsdamer Ringbahnhof statt.

Die Maschine war mit großer Wucht auf einen Pressbock gefahren und infolgedessen entgleist. Der Materialschaden ist bedeutend. Beamte und Fahrgäste wurden jedoch nicht verletzt.

In dem Massenprozeß gegen die Teppichdiebe Brenner u. Gen.

und ihre Helfer hat die Ferienkammer des Landgerichts III sehr schwere Strafen verhängt. Es erlitten Brenner 8 Jahre, Friedrich 5 Jahre, Sauer 2 Jahre 6 Monate und Traub 4 Jahre Zuchthaus sowie je 5 Jahre Ehrverlust. Von den Helfern wurden Richter zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Baumgart zu einem Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Freigesprochen wurden Volkud, die Portierfrau Müller, Kaufmann Elze und die türkischen Teppichhändler Altablu und Saban.

Ein schwerer Autounfall rief die Charlottenburger Feuerwehr nach der Kanke- und Auguststraße, wo ein besetztes Auto mit einem anderen Fuhrwerk zusammengestoßen war, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Zwei von ihnen brachte die Wehr nach dem Krankenhaus auf Westend. — Esmilligerweise wurden mehrere Züge der Wehr nach der Dankemannstraße 43, Rigor Straße 9 und Greifswalder Straße 33 alarmiert. Dieser Unfall nimmt kein Ende und kostet eine Menge Geld.

Die kleine Stadt Lenz in der Mark ist den meisten märkischen Städten, auch der Stadt Berlin voraus. Sie erhebt nämlich 520 000 Prozent Grundsteuer, 95 000 Proz. Gebäudesteuer, 107 000 Proz. Gewerbesteuer und 95 000 Proz. Betriebssteuer usw.

Neue Flugpostmarken. Für den Luftpostverkehr sind neue Flugpostmarken im Werte von 200 Mark herausgegeben; sie sind bei den Postanstalten der Flugorte und bei einer großen Anzahl anderer Postanstalten erhältlich. Postanstalten, die keine Flugpostmarken führen, vermitteln auf Wunsch den Bezug der Marken. Flugpostmarken zu 5 und 10 Mark werden nicht mehr hergestellt werden.

Die Juristische Sprechstunde findet von jetzt ab bis Ende August nur am Montag, Dienstag und Mittwoch jeder Woche von 3 bis 6 Uhr statt. Donnerstags, Freitags und Sonnabends fällt also die Sprechstunde aus.

Ein Caspar-Verkehrslugzeug landete heute (Mittwoch) als erstes deutsches Flugzeug glatt in Göttingen zur Teilnahme am Weltbewerb.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, zeitweilige Felle, jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Wie die Reichsbahn spart.

Dem *W.A.* wird uns geschrieben: Daß der Reichsverkehrsminister bemüht ist, seine Betriebsverhältnisse wirtschaftlich auf die Höhe zu bringen, wird man besonders in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Finanznotlage des Reichs nur anerkennen. Man sollte aber annehmen, daß er hierbei die einfachsten Regeln sozialer Gerechtigkeit, wie man sie selbst von jedem Privatunternehmer verlangen würde, einhält. Bei der Reichsbahn werden seit 20-30 Jahren Techniker im Angestelltenverhältnis zur Erledigung der eigentlichen konstruktiv-technischen Arbeiten beschäftigt, um die in der Privatwirtschaft erworbenen Kenntnisse im Interesse der Eisenbahnerverwaltung zu verwerten. Es handelt sich um Kräfte, die nicht etwa nur vorübergehend im Dienste der Verwaltung stehen, sondern 10, 20, 30 und mehr Jahre der Eisenbahn Dienste leisten, die denjenigen der Beamten zum mindesten als gleichwertig anzupreisen sind. Diesen langjährigen Angestellten wurde in Friedenszeiten, wenn sie im hohen Alter aus dem Dienste der Verwaltung entlassen wurden, eine monatliche Gnadenpension in Höhe eines Drittels des zuletzt bezogenen Gehaltes gewährt. Auf wiederholte Vorstellungen von gewerkschaftlicher Seite, diese Unterstützung der Bedeutungsverluste anzupassen, hat der Reichsverkehrsminister verweigert, daß die Sätze auf 60 000 Papiermark monatlich erhöht werden.

60 000 M. sind heute bestenfalls 1,50 M. nach Friedenswert berechnet. Und dazu das große Schreckenswort der Herausgabe von vorläufigen Entlassungen! Die Not der alten Leute ist unbeschreiblich. Bei der Reichsbahndirektion Berlin wurden zwei „Bausassistenten“, wie die vollwertigen Techniker offiziell bezeichnet werden, entlassen, und zwar nur deshalb, weil sie das 65jährige Lebensalter überschritten haben. Nach amtlichen Feststellungen sind die beiden Techniker noch durchaus in der Lage, ihre bisherigen Dienste zu versehen. Aber nichts liegt den Bureaukraten näher, als das, was für die Beamten, die ihre volle Pension beziehen, vorgeschrieben ist, auch schematisch auf die Angestellten zu übertragen, ohne diesen in irgendeiner Weise den Lebensunterhalt zu ermöglichen. In Cassel ist ein seit 15 Jahren bei der Reichsbahn beschäftigter Diplomingenieur im Alter von 50 Jahren entlassen worden, weil er sich im Dienste der Verwaltung einen Härtefehler zugezogen hat und einige Monate krank gewesen ist.

Stehen die verantwortlichen Beamten, die selbst durch lebenslängliche Anstellung und Ruhegehaltsvorsorge gesichert sind, dem Berufsbeamten zum Diensten, wenn sie bei den Angestellten die einfachsten menschlichen Verpflichtungen mit Füßen treten? Sollten sie gar nicht daran gedacht haben, daß sie durch ihr Vorgehen die übrigen Menschen, die nicht die Sicherungen der Beamtenstellung genießen, auf den Gedanken bringen, zu fragen, weshalb die Beamten und Angestellten trotz gleicher Dienstleistungen so unterschiedlich behandelt werden? — *W. A. M. G.*

Zu den Verbandstagswahlen der Metallarbeiter.

Zu den von uns gestern mitgeteilten Ergebnissen aus dem Reich liegen noch folgende vor: Die Liste Amsterdam siegte in Mannheim, Brauns, Chamnig, Zwickau i. S., Weisheim, Hohenlimburg, Lübeck, Kiel, Sietlin und Ludwigshafen. Die Liste Moskau in Offen, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hagen i. W., Solingen, Remscheid, Gillingen, Stuttgart, Plauen, Coburg und Aue i. S.

Die „Rote Fahne“, nachdem sie vor den Wahlen die wertbeständigen Löhne als Schwindel bezeichnet hat, bekundet plötzlich eine große Vorliebe für wertbeständige Löhne. Da die Funktionärsversammlung der Metallarbeiter, die heute abend stattfindet, sich mit der Schaffung wertbeständiger Löhne zu befassen haben wird, beschäftigt sich das kommunistische Blatt in einem langen Artikel mit den wertbeständigen Löhnen, um den Funktionären die Forderung von Moskau zu erteilen. Vom Friedensreallohn schreibt die „Rote Fahne“ nur mehr folgende bescheidene Worte: „Die Forderung des Friedensreallohnes ist keineswegs ein agitatorisches Schlagwort, sondern kann sehr wohl als Zielforderung aufgestellt werden.“

Wir wissen nicht, was die „Rote Fahne“ unter der sonderbaren Bezeichnung „Zielforderung“ versteht. Entweder ist es eine Forderung, die man jetzt aufstellt, oder aber es handelt sich um ein später zu erzielendes Ziel. Wenn es sich um letzteres handelt, dann erklären wir, daß unsere Forderungen weitergehen. Unser Ziel ist nicht der „Friedensreallohn“, sondern der Sozialismus. Und auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft muß über den Friedensreallohn hinausgegangen werden. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß zunächst mit dem Raubbau in unserer Wirtschaft und mit dem Skandal unserer Finanzpolitik aufgeräumt wird. Das dümmert ja auch der „Rote Fahne“ auf. Ein weiteres Hindernis, um die Friedensreallohn jetzt schon zu erreichen und darüber hinauszukommen, sind die Lasten, die der Betrag von Verlusten der deutschen Wirtschaft auferlegt hat.

Um zu beweisen, daß die Lohnvereinbarung in der Berliner Metallindustrie nicht nur die Wertbeständigkeit der vereinbarten Grundlöhne nicht gesichert, sondern die Metallarbeiterlöhne noch unter die Tariflöhne der anderen Arbeitergruppen herabgedrückt hat, zitiert die „Rote Fahne“ eine Reihe von Tariflöhnen anderer

Gruppen. Sie muß ihre Leser sehr tief einschätzen. Denn schließlich wird es auch ihnen sehr wohl unbekannt sein, daß die Metallarbeiter an der Grundlohn von 17 000 M. für die Woche vom 16. bis 21. Juli noch Frauen- und Kinderzulagen bekommen von 250 bzw. 500 M. die Stunde, und daß weiter die Ausgleichszulage von 1750 gerechnet werden muß.

Russische Arbeiterklagen.

Das Volkstribunal für Arbeit hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher die disziplinarische Abmahnung von Dienstvergehenden mit Arreststrafen für einen bestimmten, sehr weit gezogenen Kreis von Personen im Dienst und Arbeitsverhältnis vorsieht. Von welcher Auswirkung dieser Akt von Staatsirronie zu werden droht, geht daraus hervor, daß er dem sowjetrussischen Gewerkschaftsorgan „*Trud*“ Nr. 155 vom 14. Juli d. J. einen langen dumpfen Notruf abpresst in einem Artikel, den wir im folgenden wiedergeben:

Der Kreis von Personen, die jetzt durch ihr Dienstverhältnis disziplinarischen Arreststrafen ausgesetzt sind, ist ein gewaltiger. Ihm gehören zunächst alle diejenigen Personen an, deren Dienst sich auf die innere Ordnung und Erhaltung der Sicherheit bezieht, wozu auch Hausrecht, Wächter und Wächter gerechnet werden. Ebenso fallen darunter diejenigen, welche mit dem Schutze des Eigentums in Lagern und Magazinen von öffentlicher Bedeutung betraut sind. Die Höchstzahl der Arrests beträgt zwei Wochen. Der neue Entwurf läßt dem freien Ermessen der Verwaltung weite Grenzen und verschärft die Lage der von ihm erfaßten Arbeiterkategorien bedeutend. Es schwächt deren Initiative und Verantwortlichkeitsgefühl. Andererseits ist der Erfolg solcher Strenge sehr fraglich. Der Hauptteil unseres Strafgesetzbuchs handelt von Vergehen im Dienste und gegen die Interessen der Wirtschaft und behandelt mit genügender juristischer Gründlichkeit sowohl die größeren Vergehen (Art. 110 und 128) wie auch die kleineren (Art. 108). Natürlich findet der Disziplinararrest Anwendung auf die übrigen, dem großen Gefichtspunkte aus unbedeutenden Verfassungen und kleinen Fahrlässigkeiten, die eine Schädigung des Ganges irgend eines Unternehmens im Gefolge haben, sind bereits durch das Strafgesetzbuch dem Spruche des Richters unterworfen.

Die Aburteilung solcher Fälle würde dem Sinne des Gesetzes widersprechen. Was die anderen Kleinigkeiten betrifft, die kleineren Schäden im Gefolge haben und lediglich den Betrieb angehen, so hätte es genügt, es bei der bisherigen Befugnis der Betriebsleitung zu belassen, die in solchen Fällen Verweise erteilen, Geldstrafen festsetzen, den Schuldigen im Range herabsetzen oder aus dem Dienste entlassen kann. Außerdem handelt von der Aussetzung kleinerer Bußen auch der Artikel 108 des Strafgesetzbuchs. Die Einführung des Arrests bedeutet daher, daß die Personen, auf die in solchen Fällen Art. 108 Anwendung fände, dadurch dem ordentlichen Richter entzogen werden. Statt dessen sollte man lieber das Gesetzbuch abändern.

Bis das deutsche Betriebsrätegesetz eine Änderung zum Besseren brachte, haben die deutschen Gewerkschaften einen jahrelangen harten Kampf geführt gegen den Zustand, daß Internamentwillkür dem Arbeiter im Betriebe eine Geldstrafe auferlegen konnte, und die Sozialdemokratie kämpfte jederzeit gegen das Unwesen des Disziplinarverfahrens in der Beamtenschaft. Die russische Sowjetregierung, die sich Arbeiterregierung nennt, hat einem großen Gemisch von altpreußischer Beamtenelementierung, kapitalistischer Betriebsstrenge und östlicher Gefährdung zur Aufrechterhaltung verholfen. Unsere deutschen Kommunisten wird dies gewiß nicht abhalten, die „Gewerkschaftsbureaukratie“ zu verurteilen und die Sowjetmacht als höchstes Ziel zu feiern.

Lohnregelung für Hausangestellte.

Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin wurden die Löhne der Hausangestellten in Geschäfts- und Industriehäusern ab 22. Juli durchschnittlich um 55 Proz. erhöht (Spitzenstundenlohn 28 958 M.). Reinemachefrauen erhalten 12 000 M. pro Stunde. Tarifabzüge sind im Bureau des Deutschen Portierverbandes (Sektion VII des Deutschen Verkehrsverbandes), Berlin W., Bismarckstr. 31, und Engländer 24/25, Zimmer 26, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben. Der Schiedspruch vom 18. Juli, welcher die Löhne für die dritte Juliwoche regelt, ist am 23. Juli für verbindlich erklärt worden.

250 Prozent Lohnerhöhung in den Wach- und Schlafgesellschaften. Nach zweimaligen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin kam endlich am 20. Juli zwischen dem Deutschen Verkehrsverband (Sektion VII) und 15 Wach- und Schlafgesellschaften ein Lohnabkommen zustande, welches für Wächter und Kontrolleure für den Monat Juli eine 250prozentige Lohnerhöhung vorsieht. Die Arbeitsverhältnisse wurden ebenfalls um 250 Proz. erhöht.

Die Internationale Union der Holzarbeiter hat ab 1. August ihre Adresse nach Alberding Thijmsstraat 30 in Amsterdam verlegt. Sekretär ist C. Woudenberg.

W.A. Mitglieder-Versammlung, Gewerkschaftsindustrie, Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Kordischen Hof“ (Mittel-Gal). Invalidentische Tagesordnung: Bericht über die Jahresbedingungen.

Wirtschaft

Holzhandlergewinne auf Staatskosten.

Die „Holzarbeiterzeitung“ schreibt in ihrer nächsten Nummer: Die neuerliche Regelung der Stundungsbedingungen bei Verkauf der Staatsforsten:

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, daß der preussische Holzverkauf ein armes Leute oder Bauholz an Wohnungslose, nein, ein verflucht gutes Kugelhölzchen an Leute, die bereit sind, es mit gutem Gewissen weiter zu verkaufen. Damit der Andrang nicht zu groß wird, schränkt er den Kreis der Bezugsberechtigten ein. Wie nicht eine Reihe Millionen Mark bar auf den Tisch legen kann, ist solch armer Teufel, daß ihm auch das preussische Landwirtschaftsministerium nicht mehr helfen kann. Es hilft nur denen, die etwas haben, und auch hier um so mehr, je mehr der Betreffende hat, denn es gilt ja, dem Kapitalmangel der kleinen Betriebe entgegenzukommen.

Wie der „Holzmarkt“ mitteilt, ist die Entscheidung über die neuen Stundungsbedingungen gefallen. Ab 1. August muß jede Holzlieferung sein Holz zur Hälfte bar bezahlen und erhält die andere Hälfte gegen 4 Proz. pro Woche bis zu drei Monaten gestundet. Das alles aber erst, nachdem ihm das Holz 20 Tage zinslos kreditiert worden ist.

Reichsbank und Wirtschaftsministerium machen verzweifelte Anstrengungen, um die Mark einigermassen zu halten. Sie haben bereits zu dem reinen Verzweigungsmittel gegriffen, Höchstpreise für die Devisen einzuführen und zu rationieren. Der Lebenshaltungsindeks des Statistischen Reichsamtes steigt von Woche zu Woche um 30 Proz. Wertbeständigkeit der Löhne, Wertbeständigkeit der Eisenbahntarife werden erörtert. Alle Welt erörtert die wirtschaftlichen Verhältnisse und schaut mit Sorgen auf die nächsten Wochen, vor ferne Zukunft ganz zu schweigen. Nur eine Stelle gibt es die unberührt von allen diesen Zeiterscheinungen geblieben ist, das preussische Landwirtschaftsministerium; dort magt man noch nicht die Geldentwertung zu berücksichtigen und geht auf ein Geldentwertungsmaß hin von dem Standstadium vor 1 Proz. pro Woche noch herunter auf 1/2 Proz. Man weiß nicht, was ist größer, die Dreifachheit im Fördern oder die Unfähigkeit beim Nachgeben. Auf jeden Fall ist die Angelegenheit jetzt in ein Stadium gerückt, wo ihr Interesse weit hinausreicht über die Holzindustrie, wo die gesamte Öffentlichkeit Säuberung der preussischen Ministerien von Leuten fordern muß, die in dieser Weise Staatsvermögen verschleudern.

Hochbahngesellschaft. Der Geschäftsbericht der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin für das Jahr 1922 ergibt, daß die Zahl der Fahrgäste, abgesehen von zwei Monaten, in die Streiks fielen, zwischen 9 331 714 und 11 177 741 schwante. Der Betrieb ist durch die Streiks vom Reichstagsplatz bis zum Stadion und durch die Übernahme der Betriebsführung auf der Nord-Südbahn erweitert worden. Die Einnahme stellte sich im Gesamtjahr auf 893 Millionen, bei den eigenen Linien auf 817 Millionen und bei der Flachbahn Warschauer Brücke-Lichtenberg auf 3,7 Millionen. Die Bilanz ist mit großer Zurückhaltung aufgestellt. Abschreibungen sind nur in geringem Maße vorgenommen, man hat hierfür die Geldentwertung für sich wirken lassen. So kommt es, daß die Gebäude insgesamt nur mit rund 2,9 Millionen Mark zu Buche stehen, also noch nicht so viel, wie die Errichtung eines Stalles heute kostet. Kraftwerke und Betriebswerkstätten sind mit nur 23,2 Millionen in der Bilanz enthalten. Die Wertpapiere stehen mit 12,7 Millionen Mark zu Buche, ein Betrag, der bei den heutigen nach Hunderttausenden und Millionen gehenden Kursen längst nicht den Wert der Effekten wiedergibt, die die Gesellschaft besitzt. Allein die 3,5 Millionen Mark Aktien (Nennwert) der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft, die dem Effektenkonto zugeflossen sind, heißen einen viel größeren Wert vor, als er hier in der Bilanz angegeben ist. Obwohl also in den Vermögenswerten gewaltige stille Reserven stecken, sind nach dem Erneuerungsfonds 104 Millionen Mark zugeflossen, von dem 37,4 Millionen verbraucht wurden. Der Reingewinn ist mit 42,5 Millionen Mark recht gering angegeben, ebenso wie die Dividende trotz ihrer Erhöhung von 5% auf 40 Proz. über den Geschäftsgang und die Rentabilität nichts sagt. Für die Dividende, die auf eine Aktie entfällt, kann der Aktionär sich noch nicht einmal eine einfache Karte auf der Untergrundbahn dritter Klasse kaufen. Die Stadt Berlin hat sich durch Übernahme von drei Millionen Mark Aktien an der Hochbahngesellschaft beteiligt. Die Gesellschaft beschäftigte am Schluß des Jahres 3700 Arbeiter und Angestellte, darunter 330 Frauen.

Die gewaltige Nachfrage nach wertbeständigen Anleihen hält infolge der Dollarkrise an; die Zeichnung der Sächsischen Roggenanleihe, die am Montag begonnen hat, wurde bereits am Dienstag geschlossen, weil zweiw. Anmeldungen vorlagen.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Felix Gahrman, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner, Berlin; Kultur: Dr. Joh. Schilke, Charlottenburg; Lokal- und Sonstiges: Willy Müller, Berlin; Posten: Augustin W. Gled, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornheim-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

11-19. AUGUST
IV. INT. REICHENDERBERGER MESSE 1923

Anzüge 725 000
auf modern bearbeitet, la Stoffe
nach besten bis zum billigsten, von

Reise-, Sportkleider
Anzüge - Mäntel - Hosen

Mäntel 295 000
reife Stoffe, neue Form, nach
sichnehmten bis z. einfachsten, von

Gummi-Mäntel
nur in Marken, elegante Form

Hosen 145 000
Sammer, Pudel, leichte Strick-
ten, sehr billige Nebelgehosen, von

Damen-Mäntel
vom elegantesten bis zum einfachsten

Kleczewski

Wilmersdorfer Str. 127 erste Etage
am Bahnhof Charlottenburg - Ecke Schillerstraße

Kottbuser Straße 4 - am Kottbuser Tor.

Fahrgeldvergütung!

Wanzen Motten, Läuse
samt Brut kann
jed. Läuse in 3 Std.
radikal beseitigen. Erhältl. in all. Drogerien.
Generalvertreter:
Friedrichstraße 24.

**Weißtola-
Haarfarbe - Haus**
Neuestes Verfahren
der Haarfarbkunst
und Haarentwässerung
sowie Haarentwässerung,
ohne das Haar porös zu
machen, mittels meines
Haarwässers. Apparate
Jedes farbige oder ver-
bleichte Haar erhält wieder
sein natürl. Aussehen.
Separates Speichzimmer.
W. Heitheckstr. 14.

HOSEN
weit unter Engrospreis!
In Gabardine, Homespunne,
la Verabteilt
tadellosster Sitz,
beste Ware

Streifenhosen in allen Preisl.
Sportanzüge sehr billig

**Manchester-
Militär-
Anzug-
Engl. Leder-** Hosen
billige Preise!

München-Gladbacher Hosenzentrale
Neukölln, Berliner Str. 18/19, f. Radfahr.
Berlin, Köpenicker Pl. 10, f. Radfahr.

**Restehandlg.
Haarpuder**
Goltzstr. 2
valdtride
Kern- u. Baumstoffe,
Seiden, Samt,
schöne festerartikel
bedeutend unter Preis

**Inserate im
Vorwärts**
sicheren Erfolg!

**Ausbau der
Kinderfürsorge**
durch die Gemeinde
von
Dr. Selma Schiller-
Auwack

Eine notwendige
Schrift für Be-
nörden und Aus-
schüsse, Lehrer und
Erzieher, wie
überhaupt für alle,
die sich in der
Wohlfahrtspflege
betätigen.

Preis-Grundzahl
Mk. 0,15

Durchausführung Verwirrt
Berlin SW, Lindenstr. 3

Vorher entseilt, verbittert und
frank

Nachher gesund, fröhlich und
schlank

Allen wird Hilfe
durch unser bewährtes
Thalysia - Korsett- und
Reibbinden - Reform - System.

Es hat viele Tausende von beschämenden
Entstellungen und von Schmerzen erlöst,
von verzweifellen Zuständen und Behalten
wieder freigemacht. Bei Normales und
Gehunden erhöhet es Schönheit, Dienstzeit,
Wohlfühlen, Kraftgefühl und Lebenslust.

Drucksachen frei.
Prachtdam 1922/23 z. H. 1100 Mark.

Reformhaus Thalysia Paul Garmb d. S.
Berlin, Wilhelmstr. 37. Friedenau, Oberstr. 24.
Bergstr. Neumarkt 40; Dresden, Schillerstr. 18; München, Marienplatz 29.

Alte Gebisse auch zer-
brochene
pro Zahn 35 000 bis 600 000 Mark.
Gold, Dublet, Silberbruch kauf zum
Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle

B. Zymelski, Weidenburger Str. 32
Legationstr. 10

Bad Salzoflen Kohlenäurereiches
Thermal- u. Soidbad
u. Inhalatorium

heilt Herz-, Nerven-,
Frauen-, Verdauungs-
u. Luftwege-Erkrankungen, Rheuma, Skrofule usw.

Bade-, Inhalations- und Trink-Kuren
1921: 27 500 Kurgäste, 350 000 Kurformen.